

Editorial

Die Bundestagswahlen 2009 sind vorüber. Das Ergebnis ist eindeutig. Schwarz-Gelb regiert, und die deutsche Sozialdemokratie sucht nach einer neuen Rolle, strategisch und inhaltlich. Die gesellschaftlichen Problemhaushalte, seien es Gewaltausbrüche, von denen auch unsere Schulen nicht verschont bleiben, seien es Fragen der sozialen Sicherheit oder die Hürden täglicher Mobilität, hat der Wahlausgang wenig berührt. Ebensovienig können Wahlen wirtschaftliche Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung oder Finanzkrisen lösen.

Unsere Zeitschrift hat immer wieder versucht und tut dies auch im vorliegenden Heft Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zusammenzudenken. Sie stellt sich der Auseinandersetzung um ein Schulfach Wirtschaft. Sie greift tagesaktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik in der von Hans-Hermann Hartwich betreuten Kolumne auf. Und sie geht kritisch mit den Lösungen um, welche die Politik für Wirtschaftsfragen glaubt gefunden zu haben, z.B. mit der Verschuldungsbremse, die durch die Föderalismusreform II im Grundgesetz verankert wurde.

Das Ziel unserer Analysen bleibt, unseren Leserinnen und Lesern einen Mehrwert an Informationen zu liefern, der Weltpolitik (wie die hier betrachteten Entwicklungen in den USA), Europapolitik und heimische Politik verständlicher macht und möglichst auch Aufmerksamkeit weckt für neue, aber durch die Schnellebigkeit des journalistischen Tagesgeschäfts nicht immer vermittelte Zusammenhänge. Zu den gerne übersehenen Textsorten gehören die Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Das Gericht hat es gerade jüngst wieder geschafft, wie unsere Beiträge dokumentieren, die Regierungspolitik herauszufordern. Es hat in seinem Lissabon-Urteil die europapolitischen Handlungsspielräume von Bundesregierungen begrenzt und in weiteren Urteilen die Rechte des Bundestages gegenüber dem Parlament gestärkt.

Institutionen, das lehrt uns dieser Blickwinkel, sind alles andere als langweilig oder altbekannt. Zu dem Verständnis von gesellschaftlichem und politischem Wandel gehört auch eine „Antenne“ für den Institutionenwandel. Institutionen werden gefordert und überfordert – in Krisenzeiten erst recht. Sie sind sichtbar für uns alle. Ihre stetige Rollensuche provoziert Reaktionen der Wissensvermittler – eine Herausforderung, die die GWP gerne immer wieder kreativ annimmt.

Die Herausgeber